



EMBASSY OF SWITZERLAND
IN THE REPUBLIC OF SOUTH AFRICA

Pretoria, den 2. November 1966

Our File No. 382.0 - Hu/vj

Your File No.

Herrn Botschafter Pierre Micheli
Generalsekretär des
Eidgenössischen Politischen
Departements

Politischer Brief

B e r n

Südafrika und die Vereinten Nationen*

an								c/a
Datum								
Visa								<i>pc</i>
EPD		14. Nov. 1966						
Ref. p. A. 21. 31.		<i>Pretoria</i>						

Herr Generalsekretär,

p. B. 73. Aff. Sud. 0.1.

Den Spekulationen über den allfälligen Austritt Südafrikas aus den Vereinten Nationen hat Ministerpräsident Vorster gestern ein Ende gesetzt.

Nachdem Aussenminister Muller am letzten Samstag von der UNO-Debatte über Südwestafrika zurückgekehrt war, berief der Regierungschef in Pretoria unverzüglich eine ausserordentliche Kabinettsitzung ein, um über die zukünftigen Beziehungen der Republik zur Weltorganisation zu beraten. Anlässlich der gestrigen Eröffnung des Kongresses der Nationalistischen Partei der Kapprovinz in East London gab sodann Ministerpräsident Vorster eine Erklärung ab, worüber ich Ihnen folgendes melden möchte:

Herr Vorster wies in seiner Ansprache darauf hin, dass die UNO-Resolution über Südwestafrika nach Auffassung der südafrikanischen Regierung gegen die Normen des inter-

* Vergl. Sie dazu auch meinen Politischen Brief vom 26.10.66

nationalen Rechts verstosse sowie im Gegensatz zum kürzlichen Entscheid des Haager Gerichtshofes stehe. Ueberdies sei die Weltorganisation gar nicht dazu legitimiert gewesen, einseitig über die Beendigung des südafrikanischen Mandats Beschluss zu fassen. Schliesslich habe die Generalversammlung, als sie diese Resolution fasste, darauf abgestellt, dass die Situation in Südwestafrika seit Vorliegen des Haager Gerichtsentscheides sich ernsthaft verschlechtert habe, und dass die Lage im Mandatsgebiet nunmehr "explosive" sei. In Tat und Wahrheit, so fuhr der Redner fort, hätte sich lediglich eine Gruppe von Terroristen in Ovamboland eingeschlichen, und dieser Zwischenfall sei erledigt. Im ganzen Mandatsgebiet herrsche Ruhe und Ordnung. Der Ministerpräsident bezeichnete deshalb die UNO-Resolution als lächerlich. Die Republik werde in den Vereinten Nationen verbleiben. Im übrigen werde die Regierung den Südwestafrikabeschluss ignorieren und das Gebiet genau so weiterverwalten wie bis anhin, und alles, was geplant gewesen sei, verwirklichen. Er wiederholte schliesslich auch die von Aussenminister Muller in New York geäusserte Warnung, wonach Südafrika sich jedem Versuch, den status quo in Südwestafrika zu ändern, widersetzen werde, und zwar, wenn nötig, mit Gewalt.

Ich habe mich heute mit dem Leiter der Afrikaabteilung des hiesigen Aussenministeriums über die durch die UNO-Resolution geschaffene Lage unterhalten, insbesondere über das hier zirkulierende Gerücht, wonach diesbezüglich zwischen Grossbritannien und Südafrika eine Art Geheimabkommen bestehe. Danach soll nämlich London Pretoria seine Unterstützung in der Südwestafrika-Frage zugesichert haben, erwarte aber, dass die südafrikanische Regierung einen mässigenden Einfluss auf das Regime Ian Smith's ausübe. Mein Gesprächspartner hat dieses Gerücht weder bestätigt noch dementiert. Immerhin steht fest, dass die hiesige Regierung von Grossbritannien und Frankreich Schützenhilfe erhofft und zwar einerseits durch deren Nichtteilnahme im UNO-Komitee, welches sich mit den Modalitäten zur Uebernahme der Mandatsverwaltung zu befassen haben wird, und andererseits durch die Vereitelung irgendwelcher Schritte des Sicherheits-

- 3 -

rates in Bezug auf Südafrika, beziehungsweise auf das von ihm verwaltete Gebiet.

Obschon in hiesigen Regierungskreisen in Bezug auf die Südwestafrika-Frage grosse Gelassenheit zur Schau getragen wird, werden hinter den Kulissen die südafrikanischen Autarkiebestrebungen mit aller Energie weiter verfolgt. So wurde zum Beispiel im für dieses Land so wichtigen Oelsektor gestern mit neuen Bohrungen in einem Gebiet begonnen, von welchem man glaubt, dass es ausbeutbare Oelvorkommen aufweist.

Gestern abend war ich in Johannesburg bei einem Bankett aus Anlass der 49sten Jahresversammlung der Südafrikanischen Vereinigten Industriekammer zugegen, bei welchem der Präsident der Kammer, Herr Lulofs, in Anwesenheit von Handelsminister Diederichs und Landwirtschaftsminister Fouché, einige bemerkenswerte Aeusserungen machte. In Anbetracht der "political hazards facing South Africa", sei, so meinte der Redner, eine vermehrte Lagerhaltung bezüglich aller derjenigen Güter notwendig, bei deren Versorgung Südafrika auf das Ausland angewiesen sei. Schon allein die Kenntnis der Tatsache, dass Südafrika über umfangreiche Vorräte verfüge, welche die Republik gegen allfällige Sanktionen weitgehend immun machten, dürfte auf die Regierungen gewisser Drittstaaten einen abschreckenden, oder zumindest ernüchternden Einfluss ausüben.

Ich versichere Sie, Herr Generalsekretär, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

